

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elfenbeinergasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 9

Graz, Februar 1928

2. Jahrgang

Die Kampfmethoden des Kapitalismus!

Eine Lehre für das Proletariat.

Während die Sozialdemokraten aller Länder in mehr oder minder weinerlicher Art im Schweiße ihres Angesichtes „Wirtschaftsfrieden, Klassen- und Völkerverständigung, Abrüstung und Demokratie“ predigen, und den „außer Art geratenen Kapitalismus“ durch gütiges Zureden und Aufzeigen ihres Stimmgeltes zur Reife bringen wollen, spuckt ihr der Kapitalismus auf den Kopf für ihre geleistete Mithilfe am Wiederaufbau des Kapitalismus. Noch niemals in der Geschichte hat der Kapitalismus seine Existenz als herrschende Klasse freiwillig aufgegeben, sondern nur seine Taktik und Methode, entsprechend der ökonomischen und politischen Situation geändert.

Vor hundert Jahren waren die Unternehmer noch zersplittert und desorganisiert. Heute sehen wir mächtige weltumfassende Trusts und Konzerne, ohne Unterschied der Nationalität und Klasse, international zu mächtigen Kampforganisationen zusammengeschweißt. Wohl hat sich das Proletariat im Laufe dieser Zeit ebenfalls in wirtschaftlichen und politischen Organisationen zusammengeschlossen, jedoch sind ihre Formen veraltet und erstarrt. Sie haben nicht Schritt gehalten gegenüber der Entwicklung des Kapitalismus. In jedem kapitalistischen Lande gibt es heute noch eine Unmenge von sogenannten Berufsverbänden. In Österreich z. B. allein 58 Gewerkschaftsverbände. Gibt es etwa in Österreich auch 58 Unternehmerverbände? Nein! Einige über ganz Österreich ausgedehnte Industriellen-Verbände sind vorhanden. Auf dem Papier wurde allerdings am letzten Gewerkschaftskongress beschlossen, Industriellenverbände zu gründen, d. h. aus den 58 Verbänden wenige, aber desto größere und mächtigere, weltumfassende Kampforganisationen zu schaffen. Nicht nur große Summen an Verwaltungskosten würden erspart zugunsten des Kampffondes, sondern auch Schlagkraft und Erfolg würde dadurch bedeutend erhöht.

Hat der Kapitalismus seine Kampfmethoden gegen früher geändert?

Die beste Antwort darauf gibt der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie! Auf die schüchternen Streikandrohungen und verlogenen Enteignungsphrasen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer antworteten alle Unternehmer mit der Drohung einer Generalarrestierung in ganz Deutschland. 800.000 Metallarbeiter sollen auf die Straße fliegen. Sie kümmern sich einen Pfifferling um „Wohlfahrt“ und „Wirtschaftsfrieden“. Statt die ausschlaggebenden Faktoren, die Arbeiter der Verkehrs- und Transportunternehmungen, des Bergbaues, der chemischen Industrie, der Gas- und Elektrizitätswirtschaft in den Kampf zu werfen, wodurch die Gewähr eines Erfolges gegeben wäre, läßt man die mitteldeutschen Metallarbeiter isoliert in ihrem Kampf. Das gleiche Schauspiel haben auch die Metallarbeiter und andere Branchen in Österreich wiederholt erlebt, und werden es weiter erleben, solange die Führung der Gewerkschaften den Vertretern des „Gemeinwohlens“

Fortsetzung auf der 3. Seite.

Mehr als den Friedenszins!

1932 sollen die Hausherren bereits mehr erhalten als im Jahre 1914.

Nun ist es ganz klar, was und wie viel die Bürgerblockregierung eigentlich aus den Massen herauspressen will. Wir haben, als die Blätter der Regierung nur schamhaft vom zwei- bis dreitausendfachen Friedenszins schrieben, sofort die Arbeiterklasse alarmiert, daß diese „kleine Erhöhung“ nur der Köder ist, den die Bürgerblockregierung auswirft, um in der Arbeiterklasse die Stimmung zu erzeugen: das ist ja eigentlich nicht gar so viel.

Aber jetzt ist es klar, wieviel die Regierung den Zinsgeiern sofort, und wieviel sie ihnen in der aller nächsten Zukunft in den Rücken werfen will.

Erste Stufe: Der Instandhaltungszins soll sofort auf das 2500—3000 fache des Friedenszinses erhöht werden.

Gleichzeitig werden in allen Bundesländern sogenannte Landesmietenkommmissionen geschaffen, bestehend aus einem Vertreter der Hausherren, der Handelskammer, der Arbeiterkammer, der Mieterorganisation und — einem

Richter (!) als Vorsitzenden.

Diesen Kommissionen ist nun die weitere Bemessung des Friedenszinses vorzulegen.

Zweite Stufe: Diese Kommissionen werden jedes Jahr den Instandhaltungszins um das tausendfache erhöhen.

Sollten die Vertreter der Arbeiterkammer und der Mieterorganisation Widerstand leisten, obstruieren wollen, so hat der Vorsitzende das Recht, sie mit

Strafen (!)

zu belegen. In der zweiten Stufe besteht also nicht nur nicht mehr die Zuständigkeit des Parlaments in Mieterfragen, sondern in den Kommissionen selbst wird das Terrorsystem à la Stürk eingeführt.

Dritte Stufe: Ab 1931 werden die Mieter also den fünf- bis sechs-tausend-

fachen Friedenszins als Instandhaltungszins zahlen.

Sie werden aber dazu noch die

Betriebskosten

und

Steuern

der Hausherren zahlen. Damit werden die Hausherren bereits

mehr

erhalten, als in der Vorkriegszeit. Denn damals gingen ungefähr 70 Prozent der Zins für Steuern, Betriebskosten und Hypothekenzinsen auf. (Die Hypotheken sind in der Inflationszeit mit wertlosen Papieren zurückgezahlt worden.)

Vierte Stufe: Nach 5—6 Jahren werden die Mieter für Instandhaltung, Betriebskosten usw. mehr bezahlen als 1914, die Hausherren aber, befreit von den Hypotheken, ein unvergleichlich größeres Einkommen beziehen wie 1914 und da ihre Häuser zum Großteil lastenfrei sind, reicher sein als in der Vorkriegszeit!

Das also ist der Plan, den die Bürgerblockregierung entschlossen ist zu verwirklichen. Die österreichischen Arbeiter, die die tiefsten Löhne und die höchsten Steuern Europas haben, sollen den Friedenszins zahlen! Die Arbeitslosen sollen den Friedenszins zahlen! Die Pensionisten sollen den Friedenszins zahlen! Die Ausgesteuerten, die Altersrentner sollen den Friedenszins zahlen!

Ist es nicht hoch an der Zeit, den Kampf anzunehmen gegen dieses schamlose Attentat, gegen die Regierung der Korruption und des Terrors, gegen das kapitalistische Ausbeutersystem in Österreich?

Saubere Zustände in der Bäckerei Pichler.

Unter den Grazer Bäckerbesitzern fällt Pichler aus der Mariahilferstraße 17 durch die Automobilsterung ins Auge. Das Brot, das die Proletarier unter bitteren Sorgen kauen, mirft fetter Brocken ab. Wo kämen sonst Pichlers Auto her, wo die moderne kostbare Innenausstattung des Betriebes? Wir können die Frage beantworten.

Arbeiter sind zu uns gekommen, um vor unseren Augen Spagatknäure, Holz, Knochen, Steine und sonstige schmutzige Dinge aus Pichlers Kornbrot herauszukriechen.

Bäckergehilfen vertreten die Meinung, daß Pichler alles ins Kornbrot hineinwirft, was im normalen weißen Brot nicht anzubringen ist. Wir zweifeln nicht daran, denn die Profitgier Pichlers ist zu allem fähig.

Pichlers Frau und drei Töchter arbeiten in der Bäckerei und nehmen dertart den arbeitslosen Bäckern die Arbeit weg. Beibringe und Hausbürchen werden impertinent ausgebeutet. **Sie müssen von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends ohne Mittagspause arbeiten, um sich dann in einem Massenquartier von Wanzen, deren es dort viele gibt, aufzuffressen zu lassen.**

Unter den Bäckerbesitzern gehört Pichler zu den schärfsten Gegnern des Nachtbrotverbotes. Aus diesen und anderen Gründen haben die Bäckerarbeiter mehrmals schon gegen Pichler demonstriert.

Ob die Arbeiterkonsumenten nun, da ihnen die sauberen Zustände bekannt sind, noch länger das Pichlerbrot fressen werden, ist fraglich. Auch die großen Abnehmer, z. B. der Besitzer des Paradenellers, werden die Abneigung der Gäste gegen das Pichlerbrot zu spüren bekommen.

Heraus zum Kampf für den Mieterschutz! Gegen Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne!

Mehr als sechs Monate sind seit dem 1. Juli vergangen. In diesen sechs Monaten hat sich

die innerpolitische Lage

außerordentlich verschärft. Die Niedergeschlagenheit, die seit der Juliniederlage in den Massen herrscht, ermächtigte es dem Bürgerblock, seine wirtschaftliche und politische Offensive stürmisch vorwärtszutreiben. Das Ziel der Bourgeoisie ist, nachdem sie den Sieg vom 15. Juli restlos ausgemerzt haben wird, der Arbeiterklasse in einer Generalauseinandersetzung von unvorstellbar größeren Dimensionen als es der 1. Juli war,

eine Niederlage für Jahre zu versetzen.

Der Vorbereitung dieser kommenden Generalauseinandersetzung gilt die fleißigste Tätigkeit der Bourgeoisie.

Mit den Mitteln des frechsten und brutalsten Terroris reinigt sie das Heer von allen arbeiterfreundlichen Elementen und gestaltet es zu einem willenlosen Werkzeug der Reaktion aus.

Die Gewerkschaft der Sicherheitswache wurde zertrümmert, die Gendarmerie wird gesäubert und mit monarchistischen Elementen aufgefüllt.

Immer sichtbar wird es für die Arbeiterklasse, daß seit dem 15. Juli

Österreich der alte reaktionäre Polizeistaat geworden ist

der sich kaum merklich von der alten k. u. k. Monarchie unterscheidet.

Nur die Bourgeoisie begnügt sich keineswegs mit dem gut bewaffneten, legalen, staatlichen Gewaltapparat. Hohnlächelnd, Gesetze und Verfassung mit Füßen tretend, rüstet sie die Heimwehren in aller Öffentlichkeit mit Waffen aus, ernannt sie zum „Landsturm der Gendarmerie“ und errichtet in den Industrieorten der Provinz, vor allem in Ober- und Niederösterreich, örtliche Diktaturen des Faschismus.

Gleichzeitig werden in den Gebieten, in denen der Heimwehrfaschismus auf keinen Widerstand stößt, die Gewerkschaften zertrümmert und die Arbeiter mit Gewalt in Arbeitsverhältnisse gepreßt, die die grauenvolle Ausbeutung des Frühkapitalismus wieder einführen (Alpine Montan in Donauw.). Im kleinen Maßstab zeigen die Verhältnisse in Ober- und Niederösterreich, wo der Heimwehrfaschismus die niederträchtigste Ausbeutung erst ermöglicht, das Schicksal, das die österreichische Bourgeoisie für die Arbeiterklasse vorbereitet.

Das Ziel der Bourgeoisie ist, mit den Mitteln der Gewalt der Arbeiterklasse den Achtstundentag zu rauben, die Löhne auf den gegenwärtigen Elendstand zu halten, die sozialpolitischen Gesetze zu beiseite zu werfen und vor allem jetzt

den Mieterschutz zu vernichten.

Die Bourgeoisie hofft, Schritt für Schritt, ohne daß die mächtige Gesamtfront des Proletariats aufgerollt wird, Position für Position zu erobern. Was sie befürchtet — und darum rüstet sie ihre bewaffneten Organisationen sieberhaft aus — das ist der Widerstand der breiten Massen.

Die Bourgeoisie weiß zwar, daß sie von der sozialdemokratischen Führung nichts zu fürchten hat. Sie hat es erlebt und mit großer Genugtuung verzeichnet, daß seit 1918 und verschärft seit dem 15. Juli die sozialdemokratische Führung das Kapital in jeder schweren Situation

vor dem elementaren Sturm der Arbeiterklasse gerettet hat.

Aber was die Bourgeoisie fürchtet, das ist die Rebellion der Arbeiterklasse gegen die Bremsschlacht der sozialdem. Parteiführer, gegen den klembürgerlichen, staatsbehaltenden Kurs der S. P., was die Bourgeoisie befürchtet, das ist, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter im Betrieb, die Verzweiflung der Arbeitslosen, die glimmende Wut der verlassenen Landarbeiter und der geknechteten Kleinbauern, daß schließlich die Empörung der von den Zinsgeiern bedrohten Kleinbürger, Beamten und Angestellten sich vereint zu einer Volksrevolution unter der Führung der revolutionären, proletarischen Vorhut,

mit einer wirklichen kommunistischen Partei an der Spitze!

Darum zittert die Bourgeoisie! Darum rüstet sie sieberhaft und berüht sich mit Panzerwagen und Faschistenorganisationen.

Immer deutlicher wird es, daß das Parlament, auf das die Arbeiterklasse solche Hoffnungen setzte, zu einer einflußlosen,

nichtstagenenden Quatschbude

herabsinkt.

Das Parlament hat gegenwärtig für die Bourgeoisie nur einen Zweck:

Die sozialdem. Führer, die um die Koalition betteln, zu demütigen und damit weithin sichtbar allen, die ihre Hoffnung auf die Partei der 4 1/2 Proz. Stimmen setzen, zu zeigen, daß die Sozialdemokratie, deren Führer Kleinbürger sind, die nicht kämpfen wollen, ein Koloss auf toten Füßen ist. Die Bourgeoisie hat es verstanden, ihre Pläne und Ziele

außerhalb des Parlaments

mit den alten und erfolgreichen Mitteln der Gewalt zu verwirklichen.

Das aber konnte geschehen, obgleich die Sozialdemokratie 4 1/2 Proz. der Wählerstimmen erhielt, obgleich sie mehr als 600.000 Mitglieder hat, obgleich sie die Gemeinde Wien regiert und die Gewerkschaften beherrscht!

Denkt sie daran, die breiten Massen zu einem

wirklichen Kampf gegen die Bürgerblockregierung

zu mobilisieren? Nichts von alledem! Die spontane Erhebung vom 15. Juli hat die Angst der sozialdemokratischen Parteiführer vor den Massen vertauselt! Die ganze Strategie der sozialdem. Parteiführer gipfelt gegenwärtig darin, durch gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaftspolitik im Namen der sogenannten ehrnen Notwendigkeiten der Wirtschaft die Arbeiterklasse zur freiwilligen Preisgabe ihrer Rechte zu bewegen, die Erhöhung der Arbeitsleistung zwecks „Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie“ zu fördern. Im Rahmen des offenen Rechtskurzes, den die S. P. einschlägt, haben die Gewerkschaften die Aufgabe übernommen, durch das Angebot eines „Wirtschaftsfriedens“ den Angriff auf den Achtstundentag und die sozialpolitischen Gesetze aufzufangen, um den Widerstand der Massen, der beim offenen Angriff des Kapitals droht, zu verhindern.

Zweideutig und gefährlich sind die Worte, die sowohl Kenner wie Bauer in die Massen werfen: „Zuerst die Altersversicherung, dann ist noch Zeit, über den Mieterschutz zu reden!“

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die sozialdemokratischen Parteiführer in ihrer Angst vor Massenkämpfen und in ihrer Sucht, sich durch Harmlosigkeit koalitionsfähig zu machen, keinen wirklichen Kampf für den Mieterschutz führen werden. Nachdem ihre bisherige Politik, insbesondere am 15. Juli, den breiten Massen, vor allem im Dorf, gezeigt hat, daß die S. P. keinen Kampf führen will, besteht die Gefahr, daß die fährelosen, verzweifeltsten Kleinbauern und Kleinpächter keinen genügenden Widerstand gegen die Beseitigung des Pächterschutzes entwickeln werden. So rechnen die sozialdem. Parteiführer, wenn sie nicht den Mieterschutz gegen irgend etwas zwecks Täuschung der Massen eintauschen können, sich mit der Ausrede „das Dorf läßt uns im Stich“ vor dem Kampf um den Mieterschutz drücken zu können. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß sie versuchen werden, mit der Forderung nach

Neuwahlen

die Arbeiter zu täuschen, vom Klassenkampf abzulenken und sie mit Stimmzettelaufzählungen zu betören.

Durch diese Politik! des massierten Rückzuges hoffen die sozialdem. Parteiführer endlich

in die ersehnte Koalition zu kommen.

So wird die österreichische Arbeiterklasse mit tödlicher Gewißheit dem Generalangriff der Bourgeoisie unterliegen, wenn sie der Kapitulations- und Koalitionspolitik der S. P. folgt.

Darüber sind sich heute bereits zehntausende Arbeiter klar und sie ziehen sich, da sie keinen Ausweg sehen und der Anarcho-Kommunismus ihnen auch keinen zu zeigen vermag, verzweifelt in die Passivität zurück.

Der Rückzug der verzweifeltsten Massen in die Passivität, das ist von allen drohenden Gefahren die gefährlichste!

Nicht der Kampf ist aussichtslos, wie die Reformisten behaupten; aussichtslos ist nur die reformistische Politik! Schwächer als heute, hat die österreichische Arbeiterklasse der Vorkriegszeit gewaltige und siegreiche Kämpfe bestanden (1911, 1905, 1897). Und selbst wenn sie Niederlagen erlitt, ging sie stark und aufrecht aus dem Kampf hervor, denn sie wußte, daß sie nicht kampflös zurückgewichen sei.

Die Reformisten sagen auch bei jedem Massenkampf: Fortsch und Mussolini drohen!

Wir Kommunisten sagen euch: Blickt nicht immer angstvoll auf die drohenden Feinde, blickt auf die erwachende deutsche Arbeiterklasse, die sich gegen das Diktat der deutschen Unternehmer zu rühren beginnt.

Es gilt, den entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen.

Das Ziel der Bourgeoisie: das ist Österreich als Kirchenstaat mit Polizeifürst und verfluchten Arbeitern. Das Ziel der Sozialdemokratie ist: die bürgerlich-demokratische Republik, wie sie 1919 war. Die Koalition in Permanenz!

Aber selbst diese Republik von 1919 war nur möglich, weil sie in einer wenn auch schlappen Revolution geboren wurde. Die Arbeiterklasse muß aus den Erfahrungen lernen. Die Erfahrungen beweisen nämlich die Nichtigkeit dessen, was wir Kommunisten seit 1918 unaufhörlich sagten: der Weg dieser bürgerlichen Republik führt zurück zum alten kapitalistischen Polizeistaat.

Wirkliche und endgültige Besserung ihrer Lage, die ersehnte Befreiung kann die Arbeiterklasse nur erlangen, wenn sie das kapitalistische System in der proletarischen Revolution stürzt und aufrichtet die Herrschaft des Proletariats, seine Diktatur, den Rätestaat!

Diesen Kampf siegreich zu führen, das aber vermag nur eine wirkliche

Kommunistische Massenpartei

die nicht entstehen kann unter der Fahne des bannverworfenen Anarcho-Kommunismus (der österr. Filiale des Stalin-Regimes), sondern nur auf dem Boden der kampferprobten Lehren Lenins, die die oppositionellen Kommunisten unter der Führung von Trotzki vertreten. Jede Hoffnung auf eine Änderung der sozialdem. Volkspartei ist vergeblich. Die österr. Arbeiterklasse kann nur siegen, wenn sie mit uns gemeinsam aufbaut ihre Kampfpartei, die Partei des Proletariats, die Komm. Partei Österreichs (Opposit.).

Gegenwärtig gilt es, das Ziel unverrückbar vor Augen, dem Generalsturm der Bourgeoisie entgegenzutreten und den Kampf aufzunehmen:

Für Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieter- und Pächterschutzes — für den lückenlosen Achtstundentag, für höhere Löhne — für Beseitigung der Massensteuern, insbesondere der Warenumschlagsteuer — für eine 30prozentige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung — für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an alle Arbeitslose während der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit — für die Schaffung von Spritzenhallen für Arbeitslose durch die Gemeinde, Gratisauspreisung der Ausgesteuerten — für die Schaffung einer das ganze wehrfähige, klassenbewußte Proletariat umfassenden Wehrorganisation!

Nieder mit dem Heimwehrfaschismus und dem Unternehmerterror!

Nieder mit der Regierung des Bürgerblocks!

Es lebe der revolutionäre, proletarische Klassenkampf!

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Österreichs (Opposition).

der staatserkaltenden Sozialdemokratie ausgeliefert ist. — Hat der Kapitalismus seine Ausbeutungsform gemildert? Darauf geben die Milliardenprofile der Industriebarone aller Länder einerseits, andererseits die vier Millionen Arbeitslosen Europas und viereinhalb Millionen Amerikas, die in die Hunderttausende gehenden Todesfälle in den Bergwerken und Betrieben, die noch größere Zahl von Unfällen und die vielen Selbstmorde. Also nicht nur in den „halbzivilisierten“ Kolonien, wo noch z. B. laut amtlich statistischen Angaben von 1876—1900 in Indien 26 Millionen Menschen verhungert sind, sondern auch im hochzivilisierten Europa mit seinen „demokratischen Verfassungen“, plündert der Kapitalismus die Millionenmassen des Proletariats bis zum Hungertode aus. Durch Trusts und Konzerne werden die Preise diktiert. Ebenso unter Ausnützung der Staatsmacht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dagegen muß das Proletariat seine Organisationen zu großen Kampfverbänden national und international ausbauen, und die Kämpfe auf ebensolch breiter Basis führen, wie uns dies die deutschen Metallindustriellen lehren. Auf einen Lohnkampf, der circa 50.000 Metallarbeiter in Mitteldeutschland betraf, antworteten sie mit der Aussperrung aller Metallarbeiter Deutschlands, daß ist eine Aussperrung die 800.000 Arbeiter umfaßt.

Die Arbeiterklasse muß aufdämmen mit den verätherischen Phrasen von Klassenversöhnung, Gemeinwohl und anderen sozialreformistischen Geräusch. Jeder wirtschaftliche Kampf ist zugleich ein politischer. Die wirtschaftliche Besserstellung und endgültige Befreiung vom Joch des Kapitalismus kann nur durch die Beseitigung der herrschenden Klasse, der Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erreicht werden.

Was der Landbund billigt und beantragt.

Aus der Budgetdebatte.

Ein Landbändler: Die erhöhten Geldausgaben für Polizei und Gendarmerie sind zu begrüßen. Den Arbeitslosen muß die Unterstützung eingeschränkt und die Erlangung derselben verschärft werden. Auf die Kartoffel soll ein Zoll kommen. (Damit die Großbauern sich die Säcke füllen können auf Kosten der Proleten.) Die Beseitigung des Mieterschutzes wird von uns Landbändler unterstützt.

Die Gemeindepolitik der G. P. in Graz.

Der sozialdemokratische Vizebürgermeister und Finanzreferent Räckl, der die Theorie des Marxismus versteht, hat durch die Theorie vom „Gemeinwohl“, hat bei Forderungen die dem Proletariat zugute gekommen wären, wiederholt erklärt, daß keine Deckung vorhanden ist. Für die Grazer Oper wurden aber 40.000 Schilling ausgegeben. Was hätte mit dieser Summe gemacht werden können? Erhöhung der 600 Notstandsbesoldungen um 15 Schilling monatlich. Erhöhung des Mietzinszuschusses an Arbeitslose um 2 Schilling monatlich statt Streichung. Zuschüsse an alle Altersrentner in der Höhe von 10 Schilling monatlich und Einrichtung einer Ausspeisungsstelle für Ausgeherte.

An eine solche Verwendung hat Räckl nicht gedacht und wird Räckl auch niemals denken, denn sonst wäre aus mit dem guten Einvernehmen in der Gemeindeflube.

Lehrreiche und interessante Enthüllungen.

Der „Arbeiterwille“ ist, wie wir vernehmen, im Besitze von Dokumenten, aus denen einwandfrei die bezagelte Stellung der Großdeutschen, der Heimwehler und Hadenkreuzler in Dienste der Unternehmer nachgewiesen wird. Eigentlich nichts Neues, doch ist es notwendig, aus diesen Dokumenten einiges ans Tageslicht zu bringen.

Das großdeutsche Parteisekretariat in Leoben erhielt vom Stahlwerksverband für die Wahlarbeit

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Damit der „Mahnruf“ weiter erscheinen kann, müßt ihr den „Mahnruf“ bestellen und für seine Verbreitung überall sorgen. Wer die Möglichkeit hat, soll der Haltung durch Besondere Spenden helfen.

in Obersteiermark anlässlich der Nationalratswahlen 740 Millionen zugestellt.

Die Alpine Montan, die dem Stahlwerksverband nicht angehört, ließ ihre Millionen den Großdeutschen zur Wahlagitator durch den Direktionssekretär Oberleutnant a. D. Rager ausfolgen. Dieser war gleichzeitig der politische Berater der Großdeutschen für die Wänische der Alpine Montan.

Um die großdeutsche Wahlagitator den Arbeitern schmachtbarer zu machen, wurde vom Hauptverband der Industrie in Wien den obersteierischen Großdeutschen ein Hilfsarbeiter aus Korneuburg als Wahlagitator zur Verfügung gestellt, der von den Industriellen für 6 Wochen 67 Millionen erhielt.

Die Referate, welche die großdeutschen Redner in den Industriebezirken hielten, wurden, wie aus diesen Dokumenten hervorgeht, von den Industriellen aufgestellt.

Zur Bepitzelung der Arbeiter in den Betrieben und zur Untergrabung der Gewerkschaften werden Spitzel eingestellt, die gute Judaslöhne bekommen. Leiter dieser Betriebsspitzel ist bei der Alpine Montan wieder Rager, der auch die periodischen Geldzuweisungen an die Großdeutschen, Heimwehler und Hadenkreuzler besorgt.

Um die freien Gewerkschaften zu erschüttern, wurde zum Capo der Betriebsspitzel vorge schlagen, über die Gehälter, über die hohen Diäten und über die Freunderlwirtschaft bei den Anstellungen im Gewerkschafts- und Parteiparat unter den Arbeitern zu sprechen. Punkte, an denen, wie man sieht, die Gewerkschaftsbürokratie und sozialdem. Parteiführer tatsächlich verwundbar sind.

Kein Arbeiter darf aber deswegen so dumm sein, zum Klassenfeind, zu den Großdeutschen, zum Heimwehler und ob. dergl. überzulassen, wo er erst recht vom Regen in die Traufe kommt. Der einzig richtige Weg ist, bei der Gewerkschaft zu bleiben, politisch der kommunistischen Partei-Opposition beizutreten, mit ihr in den Gewerkschaften reinen Tisch zu machen und für revolutionäre Führer an Stelle vieler Reformisten und Bürokraten einzutreten.

Für Protektionsfinder?

Der Eggenberger Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Bau zweier Bohnhäuser beschlossen. Zu diesem Zwecke wird eine Anleihe von 400.000 S aufgenommen, deren Tilgung sicherlich die Eggenberger Arbeiter und nicht die reichen Eggenberger Bürger auf sich nehmen müssen. Die Göttinger Gemeinde hat es ähnlich gemacht. Eingezogen sind aber dann in dem Neubau, dank besonderer Beziehungen, Leute, die ganz gute Wohnungen hatten. Die Obdachlosen und die Proleten, die in Kellerlöcher hausen, wurden abgewiesen. Die Eggenberger wohnungslosen Proleten mögen sich versehen, daß sie nicht dasselbe Schicksal ereilt.

Was machte Seipel in Prag?

Wir haben in der „Arbeiter-Stimme“ wiederholt darauf hingewiesen, daß der Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten die augenpolitische Orientierung der Christl. Sozialen entgegensteht. Die Regierung Seipel hat Österreich zu einem Anhängsel des englisch-italienisch-ungarischen Blocks gemacht. Auf der anderen Seite betreibt die Sozialdemokratie eine ganz andere Außenpolitik. Sie orientiert sich nach dem Westen, nach Deutschland, Frankreich, sie erhält von Amerika Anleihen (Gemeinde Wien). Es scheint nun, daß die Seipelregierung, die

sich zwar immer politisch stark genug fühlt um eine Koalition auszuschlagen, durch die

Verweigerung einer Anleihe

(auf Betreiben Amerikas) in ernste Schwierigkeiten kommt. Amerika hintertreibt deshalb die Bundesanleihe, weil es gar kein Interesse daran hat, mit seinem Geld die Machtposition Englands in Mitteleuropa (Österreich) zu verklären.

Es ist nun sehr leicht möglich, daß diese Schwierigkeiten die Bürgerblockregierung veranlassen, um eine Anleihe zu erhalten, die Koalition zu schließen und damit auch den offenen Ruck im Schlepptau Englands und Italiens ein wenig zu maskieren durch Herstellen besserer Beziehungen zur Tschechoslowakei, dem mitteleuropäischen Stützpunkt Frankreichs, das wieder nur der europäische Stützpunkt Amerikas ist.

Aus dem Arbeiterleben

Die dümmste Ausrede der Grazer Industriellen Bezirkskommission.

Mit 34 Jahren für die Vermittlung schon zu alt!

Seit 4 Jahren ist Gen. Wagner Albert, Metallarbeiter von Beruf, arbeitslos. Hunderte wurden in diesen vier Jahren durch das Arbeitslosenamt sowie durch die Gewerkschaft in die Grazer Metallbetriebe vermittelt. Gen. Wagner wurde immer übergangen. Sie und da wurde er auf kurze Zeit den Kanalarbeitsarbeiten zugewiesen. Wenn auch die Krise auf dem Arbeitsmarkt eine große ist und viele Metallarbeiter arbeitslos sind, manche darunter über ein oder zwei Jahre, so ist doch dieser Fall, wo ein Metallarbeiter

innerhalb 4 Jahren nicht ein einziges mal vermittelt

wurde und für seinen Grazer Betrieb eine Zuweisung erhielt, sehr auffallend. Die Gründe sind nicht schwer zu erraten.

Gen. Wagner forderte von der Industriellen Bezirkskommission Aufklärung, weshalb er in dieser langen Zeit nicht vermittelt wurde, worauf er folgende Antwort erhielt:

Bezugnehmend auf Ihre Zuschrift vom 10. Februar teile Ihnen die gefertigte Stelle mit, daß auf Grund der eingeleiteten Erhebungen festgestellt werden konnte, daß Ihrer Vermittlung vor allen Dingen das verhältnismäßig hohe Alter gegenübersteht, weiters eine wirkliche Beteiligung in der Metallindustrie nicht festzustellen ist, so daß mit Rücksicht auf das große Übergeluch die Firmen auf die bei ihnen schon in Stellung gewesenen Arbeitskräfte greifen.

Dr. Uranitsch.

Es war klar, daß es der J. W. R. schwer fallen wird, eine Ausrede zu finden. Die Tatsache, daß die Unternehmer schwarze Listen führen, Kommunisten und revolutionäre Arbeiter nicht aufnehmen und besonders von Gen. Wagner verschont sein wollen, hütet sich Dr. Uranitsch zu sagen. Daß er aber zu einer solch dumm-dreisten Ausrede greift, Wagner, der 34 Jahre alt ist, könne

wegen des verhältnismäßig hohen Alters nicht vermittelt werden, macht ihn, der eine schlaue Ausrede finden wollte, nur allgemein lächerlich. Trotzdem sind wir ihm dafür dankbar, weil durch dieses Argument jeder die Lügenhaftigkeit der J. W. R. durchscheinen sieht.

Auch die Gewerkschaftsbürokratie der hiesigen Verbandsleitung wandelt in den gleichen Fußstapfen wie Dr. Uranitsch, wenn auch in anderer Form. Gen. Wagner, der schon seit 18 Jahren Mitglied des Verbandes ist, wurde von den Bürokraten, welche nicht mehr wissen, was Not und Hunger heißt, nur mit Versprechungen zum Narren gehalten. So wie die Unternehmer nur Leute haben wollen, die sich klassisch unterwerfen, so will auch das Bontentum nur solche, die das Maul halten und auf die sozialdem. Parteitalit schwören. Derart kommen immer mehr Arbeiter „mit grünen Schürzen“ als Gewerkschaftler in die Betriebe.

Buchhausmäßige Strafen bei der J. B. R. in Graz.

Zwei Arbeitslosen, Spelck und Lafarik, die zu den Nachschulungskurien „kommandiert“ waren und dort einmal ausblieben und einmal sich verspäteten, wurde aus diesen Gründen laut Bescheid vom 18. Februar die Unterstützung auf 12 Wochen entzogen. Eine solche Gemeinheit ist möglich, trotzdem der Arbeitsnachweis, die Schiedskommission und die Industrielle Bezirkskommission paritätisch, das heißt zur Hälfte aus Unternehmern und zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammengesetzt ist.

Wieder einer, der für die Gemeinde zu alt ist.

Ein Arbeiter der 1906 schon bei der Gemeinde war, seit dieser Zeit auch gewerkschaftlich organisiert ist und im Jahre 1918, als der Parteipapier an die Arbeiter erging in die Wehrmacht eingetreten diesem Rufe folgte, versuchte nun, da er als „Mabilaler“ von den Offizieren, die der Sozialdemokrat Deutsch ins Herz genommen, hinausgeschmissen wurde, unter den Gemeindefunktionären wieder aufgenommen zu werden. Der Oberbauart, der die Aufnahme leitete, erklärte aber: „Sie haben das Alter schon überschritten, mit Ihrer Aufnahme ist nichts mehr.“ Der betreffende Arbeiter ist 46 Jahre alt und noch sehr kräftig. Jetzt versucht er es bei einem Privatunternehmer. Warum zeigen wir das auf? Um den Arbeitern den Beweis zu erbringen, daß die S. P. den Proletarier, wenn sie auch stark ist, in Stich läßt. Was sollen die Arbeiter angesichts dieser Tatsache tun? Sich der kommunistischen Partei, Opposition, anschließen.

Altersfürsorge.

Einem pensionierten Bergarbeiter sollte seine 85-jährige Mutter ins Landeskrankenhaus überstellt werden. Da jedoch der Sohn dies nicht zuließ, wurde dieser zur V. H. Voitsberg gerufen und gefragt, warum er dagegen sei. Es kam zu einer Einigung und die Mutter konnte beim Sohne bleiben. Die Aufenthalts- als Inhabungsgemeinde registriert wurde zu einer Monatszahlung von 20 S verpflichtet. Als der Sohn diesen Betrag mit der Anweisung des Bürgermeisters Perchler beim Kassier Schmidt beheben wollte, erwiderte dieser S. P. Gemeindefunktionär: Ich habe kein Geld; er machte ihn noch dazu Vorwürfe und meinte, die Mutter könne ihren Lebensunterhalt durch kleine Arbeiten noch besorgen. — Seht also, wie S. P. Gemeindefunktionäre für die Altersfürsorge eintreten! Sie möchten scheinbar lieber 60 S monatlich ins Siechenhaus zahlen, als den pensionierten Bergarbeiter mit seinen 50 S die 20 S für seine Mutter zu geben. — Arbeiter! Seht, das in

Zukunft solche Mißstände nicht einreißen können, indem ihr Kommunisten in den Gemeinderat wählt. Arbeiter-Korr., Voitsberg.

Wer nicht frieren will, wird bestraft.

Am 14. Februar war im Bezirksgericht Voitsberg eine lehrreiche Verhandlung zu hören. Angeklagt waren acht Personen wegen Diebstahl. Gegenstands-wert bei jeden 80 Groschen. Sie hatten auf dem Bergbaue der Alpine Rohlen geklaut und das Sackerl, das sie sich angefüllt hatten, wurde auf 80 Groschen bewertet. Unter den Angeklagten waren Frauen mit Kinder, ohne Einkommen und ohne Unterstützung. Der Richter sah es fast ein, daß es wohl nicht der Mühe wert ist, darüber zu urteilen. Er fragte den Klagevertreter der Alpine, Herrn Obersteiger Metelko, ob er auf die Bestrafung besteht. Seine Antwort war Ja und so wurden alle auf 12 Stunden Arrest verurteilt. Kein Wunder, denn wenn der Alpine Vertreter es fordert, muß der Richter im Sinne der Alpine das Urteil fällen, denn jeder Richter ist ein Diener der herrschenden Klasse. Unsere S. P.-Größen schenken diesem Vorfall keine Beachtung. Die Armen im Voitsberger Revier schlafen auf Rohlen, müssen aber frieren, wenn sie nicht Diebstahlsstrafen entgegengehen wollen. Mit Recht ist deshalb unsere Forderung: Zuweisung von Rohlen an alle bedürftigen Proleten durch die Gemeinden.

Arbeiter, merkt euch das für die kommende Gemeinderatswahl. Arbeiter-Korrespondent, Voitsberg.

Bürgerliche Ordnung.

Die Hausbesitzerin des Hauses Schörgelgasse 8, Maria Maraschek, hat die christliche Nächstenliebe mit dem großen Wüffel gefressen. Als die Hauspartei Kraft eine breadspfige obdachlose Familie, die noch dazu arbeitslos ist und keine Unterstützung hat, vorübergehend zu sich nahm, kündigte die Hausfrau der Partei die Wohnung mit der Begründung, sie dürfe keine Bettgeher. Selbstverständlich fand sich auch ein Richter, der die Kündigung von Gerichtswegen aussprach und so wird die Familie Kraft, weil sie sich einer obdachlosen Familie erbarmte, nach Recht und Gesetz Anfang März belagert.

Ereignisse der Woche.

32.727 Arbeitslose waren am 31. Jänner in Steiermark gemeldet. Im Bezuge der Unterstützung stehen davon nur 28.309. Auf Graz entfallen 17.687.

Betriebskrankenlaffawahlen bei Böhler in Kapfenberg. Das Ergebnis war: 1647 Stimmen Freie Gewerkschaft, 349 Stimmen die Padentzueyler und 302 Stimmen die Schwarzen.

Die Reichstagsauflösung ist mit 31. März festgesetzt. Somit steht Deutschland vor Neuwahlen.

Ergebnisse der Weimarer Wählergebnisse. Sozialdemokraten 39 (früher 63), Kommunisten 27 (27), Deutschnationale 23 (25), Demokraten 21 (16), Deutsche Volkspartei 20 (18), Zentrum 2 (2), Volkrechtspartei 1 (1), Nationalsozialisten 3 (2), Mittelstandspartei 4 (6).

Roberte Kriegstechnik. Die belgischen Artillerieregimenter werden motorisiert. Die Pferdebespannung wird durch Kraftwagen ersetzt. In Spanien wurde ein Maschinengewehr konstruiert, das in der Minute 600 Schüsse abgibt.

Durch flüssiges Stahl wurden in der Stahlwerkshütte, Egenstochau, Böhmen, 14 Arbeiter schwer verletzt. Eine Form mit 12 kg flüssigem Stahl war explodiert.

70 Schilling Eintritt. Die Ausbeuter der verschiedensten Nationen und Rassen haben in St. Moritz einen Millionärenball veranstaltet, wobei dieser Eintrittspreis, von dem viele Proleten einen ganzen Monat leben müssen, bezahlt wurde.

50.000 Metallarbeiter stehen in der Tschechoslowakei vor dem Ausstand. Sie haben den Kollektivvertrag gekündigt.

Fünf Pfennig. Im Lohnkampf der Metallarbeiter Mitteldeutschlands hat die Schlichtungskammer einen Schiedsspruch gefällt, der die Erhöhung der Löhne um 5 Pfennige vorseht. Die Unternehmer sind mit diesem Schiedsspruch einverstanden. Die Arbeiter vieler Betriebe sprechen sich gegen die Annahme aus.

Parteinachrichten

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch den 29. Februar im Gasthaus „Engel“, Bendplatz — Beginn 7 Uhr — pünktlich erscheinen!

Partekassiere!

Die Abrechnung der Beiträge erfolgt jeden Samstag von 4 bis 6 Uhr Nachmittags. Stadtteil II und III Mitgliedsbeiträge für Jänner, Februar ausständig.

Jeden Samstag Kurs im Parteifotol.

Arbeitslose Genossen und Genossinnen! Kommt Samstag ab Mittag immer ins Parteifotol.

Arbeiter! Verlangt in den Traktaten und Gasthäusern und bei euren Friseurinnen die Auflegung des „Mahner“!

WARNUNG!

Wir raten jeden ab, der sogenannten fragwürdigen Filmgesellschaft „Axiarte“ beizutreten. Wer finanziell nicht geschädigt werden will, folge unserem Rat. Näheres in der nächsten Nummer.

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Restorikow. (Fortsetzung.)

Der Franzose stellte dem Genossen Jestrémowitsch dem Leiter der Nachrichtenabteilung vor.

„Denken Sie sich, Ihr Freund, der Fürst will abreisen und das wegen meiner unglückseligen Agenten“, sagte der Rittmeister dem Genossen Jestrémowitsch. „Überreden Sie ihn doch, diese Absicht aufzugeben. Mein Wort darauf, daß ihn niemand mehr belästigen wird.“

„Was ist denn geschehen? Ich weiß von nichts. Wollen Sie wirklich fahren? Sie sind ja kaum zwei Wochen hier!“

„Für mich hat Zaiginsk kein Interesse mehr und es ist sinnlos, daß ich mich noch länger auf dem Lande aufhalte. Es zieht mich nach Europa.“

Der Franzose berichtete Genossen Jestrémowitsch von meiner Verhaftung.

Der lachte aus ganzem Herzen, besonders als der Rittmeister hinzugesetzte, daß er den Agenten, diesen Idioten, deshalb sofort aus dem Dienst jagen werde.

„Sie aber, teurer Freund“ — ich wandte mich an den Genossen Jestrémowitsch — „bitte ich, mit

ein Abteil nach Primorsk zu reservieren. Von dort fahre ich dann mit irgend einem ausländischen Dampfer...“

„Das wird aber nicht leicht sein“ — antwortete er —, „alle Plätze des Schnellzuges sind bereits einen Monat voraus vergeben.“

Der Rittmeister versprach mir seine Hilfe bei der Beschaffung eines Abteils in einem der nächsten Züge. Ich mußte ihm natürlich „von ganzem Herzen danken“.

Das Frühstück war zu Ende, wir verabschiedeten uns. Der Franzose und der Rittmeister fuhren zum Stabskommandanten. Genosse Jestrémowitsch und ich gingen zu Fuß durch die Hauptstraße... Er hatte sein Automobil nach Hause geschickt.

„Sie wollen also zurückfahren?“

„Es ist jaft alles erlebte. Ich könnte schon morgen fahren. Es ist aber schade, daß Sie das Auto weggeschickt haben. Es wäre mir lieb gewesen, schneller nach Hause zu kommen. Wir dürfen den Franzosen nicht so allein zu Hause lassen. Ich verschloß mein Zimmer abschließend nicht. Der Franzose stand im Speisezimmer, als wir gingen und hätte das sehen müssen. Obgleich er ja annehmen muß,

daß ich es nicht für nötig halte, das Zimmer zu verschperren, kann es ihm immerhin einfallen, wenn er nach Hause kommt, seine Nase da hineinzustecken. Man darf ihm keine Chancen bieten, auch nicht ein Schattchen von Verdacht darf in ihm erwachen.“

„Seien Sie beruhigt. Während man Sie zum Spionageleiter führte, schickte ich das Auto sofort zum Landhaus, um Zeitungen und Post hinzubringen und auch einen Ofenseher, der eben den Ofen untersuchen sollte. Das Auto ist schon zurück, der Ofenseher repariert den Ofen so lange, bis Sie zurückkehren. Er ist ein heller Kopf und hat genau begriffen, was ich von ihm will.“

„Ausgezeichnet gemacht!“

„Wie denn auch sonst? Ich konnte doch nicht annehmen, daß Ihre Verhaftung mit einer solchen Komödie enden werde...“

Und als ich dann dem Genossen Jestrémowitsch die Szene im Kabinett des Leiters des Nachrichtendienstes ausführlich schilderte, plachte sein Lachen so herzlich heraus, daß die Vorübergehenden auf uns aufmerksam wurden. Wir erreichten sein Haus und betraten den offiziellen Teil seiner luxuriös eingerichteten Wohnung. Fortsetzung folgt.